



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 -V- 6 4 - 0 0 0 4**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: **Dezernat(e) IV**

Stellenbedarf im Sachgebiet Projekte 640310 im Hochbauamt für die Projektsteuerung von Neubau- und großen Sanierungsmaßnahmen

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16		

wird im Internet/PIWI veröffentlicht

Bestätigung Dezernent

Axel Imholz
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden, 30.08.21

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind keine finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 1.679.980,31 €
 in %: 4,7 %

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	X	2022	Personalkosten	44.735			1300016	630098	Technikleistungen
	X	2022	Sachkosten	4.850			1300016	606998	Technikleistungen
Summe einmalige Kosten:				49.585 p.a.					

	X	ab 2023	Personalkosten	89.470			1300016	630098	Technikleistungen
	X	ab 2023	Sachkosten	9.700			1300016	606998	Technikleistungen
Summe Folgekosten:				99.170 p.a.					

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:
 Personal- und Sachkostenkalkulation erfolgt gemäß Leitlinie Personalkostenkalkulation 2021 der Landeshauptstadt Wiesbaden.

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Durch einen erheblichen Anstieg der Mittel für Neubau- und Sanierungsvorhaben in den vergangenen Jahren ist die Anzahl an großen Investitionsmaßnahmen stark gestiegen. Parallel dazu steigt der Projektsteuerungsaufwand durch verschärfte gesetzliche Auflagen, intensivere Nutzerbeteiligungen, eine Standarderhöhung und administrative, wie auch vergaberechtliche Vorgaben stetig. Im Gegensatz dazu ist der Personalbestand im Sachgebiet 640310 -Projekte seit 2016 konstant geblieben. Um dem gestiegenen Umfang an anspruchsvollen Neubau- und Sanierungsprojekten weiter qualitativ nachkommen zu können, ist eine Verstärkung des Sachgebietes 640310 um 1 VZÄ notwendig.

Anlagen:

keine

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1 der Bedarf an Instandhaltung, Sanierung und Neubau öffentlicher Liegenschaften in den letzten Jahren stark gestiegen ist,
 - 1.2 der Personalbestand im Sachgebiet 640310 - Projekte seit 2016 konstant blieb und immer noch bei 4 VZÄ Ingenieure/Ingenieurinnen und 1 VZÄ Sachgebietsleitung liegt,
 - 1.3 parallel dazu der Projektsteuerungsaufwand durch verschärfte gesetzliche Auflagen, Nutzerbeteiligungsprozesse, Standarderhöhungen und administrative, wie auch vergaberechtliche Vorgaben ebenfalls stark gestiegen ist,
 - 1.4 für die Landeshauptstadt Wiesbaden die Projektsteuerung von Bauvorhaben durch das Hochbauamt (HBA) die wirtschaftlichste Variante darstellt,
 - 1.5 das HBA das organisatorische und fachliche Knowhow aufweist, um Neubau- und Sanierungsprojekte qualitativ umzusetzen.
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1 in dem Sachgebiet 640310 „Projekte“ des Hochbauamtes zum Stellenplan 2022/2023 eine Planstelle mit der Wertigkeit E 12 TVöD angemeldet wird. Die Stellenwertigkeit steht unter dem Vorbehalt der abschließenden Prüfung durch 150130. Unmittelbar nach Beschlussfassung über diese Vorlage in den Haushaltsberatungen, vorab der Genehmigung der Haushaltssatzung, ist das Stellenbesetzungsverfahren einzuleiten. Die Planstelle kann vorab der Genehmigung des Stellenplans durch die Aufsichtsbehörde besetzt werden.
 - 2.2. durch die personelle Veränderung Personal- und Sachkosten in Höhe von 49.585 Euro im Jahr 2022 bzw. 99.170 Euro jährlich ab 2023 entstehen. Die erforderlichen Mittel ab 2022 werden von Dezernat IV/64 als weiterer Bedarf zum Haushalt 2022/23 angemeldet. Die Sitzungsvorlage gilt als eingebracht und wird in die Haushaltsplanberatungen 2022/23 verwiesen.
 - 2.3. im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018ff das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat IV/64 ab 01.07.2022 um 1 Vollzeitäquivalent (VZÄ) zu erhöhen ist.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Das Sachgebiet 640310 - Projekte ist im Rahmen der Umstrukturierung des Hochbauamtes (HBA) 2016 gebildet worden und umfasst aktuell 4 VZÄ IngenieurInnen und 1 VZÄ Sachgebietsleitung. Große Neubau- und Sanierungsmaßnahmen erfordern umfangreiche *Bauherren- und Projektsteuerungsleistungen*, die unbelastet von Bauunterhaltungsaufgaben in diesem Sachgebiet leitend übernommen werden.

Als Vertreter der Bauherrenämter übernimmt das Hochbauamt *Bauherrenaufgaben*. Diese Aufgaben umfassen im Wesentlichen die interne Koordination aller am Bauvorhaben beteiligten Ämter, aber auch die fachliche Begleitung der immer umfangreicheren Nutzer- und Bürgerbeteiligungen. Besonders die Bürgerbeteiligungsprozesse wurden in den letzten Jahren innerhalb der Stadt institutionalisiert und müssen vom HBA baufachlich begleitet werden.

Die *Projektsteuerungsleistungen* umfassen die Überwachung und Steuerung von Terminen, Kosten, Qualitäten, Quantitäten und die Organisation während des gesamten Bauprozesses. Diese Leistungen werden im Regelwerk „Projektmanagementleistungen in der Bau- und Immobilienwirtschaft“ (kurz: AHO) beschrieben, die, als Pendant zu der Honorarordnung für Architekten und Ingenieur (HOAI), die Honorierung für Projektsteuerungsleistungen festschreibt. Ähnlich der Regelungen in der HOAI orientieren sich die Honorare für Projektsteuerer an den Baukosten, den Leistungsphasen und dem Umfang, bzw. der Komplexität der Aufgabe (Umbau, Denkmalschutz, etc.).

Beispielsweise liegt bei einem Schulbauprojekt mit Gesamtprojektkosten von ca. 20 Mio., brutto das Gesamthonorar eines Projektsteuerers bei rund 600.000 €. Im Gegensatz dazu laufen im HBA für intern geleistete Projektsteuerung Kosten i.H.v. 225.000 € an.

Die Dauer der Projektsteuerungsleistungen (Projektierung, Planung, Ausführung, Dokumentation) können mit durchschnittlich 4,5 Jahren angesetzt werden.

Ein Projektsteuerer/eine Projektsteuerin im Hochbauamt übernimmt, je nach Größe und Komplexität der Maßnahme, in Vollzeit 1-3 Bauvorhaben und kostet rd. 90.000 €/Jahr und VZÄ, zusätzlich rd. 10.000 € Arbeitsplatzkosten, gesamt rd. 100.000 €/Jahr/VZÄ.

Neubau Schule Gesamtkosten ca. 20,0 Mio.	Projekte/ Jahr	Kosten brutto/ Jahr/ Projekt	Kosten brutto/ über Laufzeit Projekt hier: 4,5 Jahre
Kosten Projektsteuerungsleistungen extern	1	135.000 €	600.000 €
Kosten Projektsteuerungsleistungen intern	1-3, im Mittel 2	45.000 €	202.500 €

Übernimmt das Hochbauamt mit seiner vorhandenen Infrastruktur also die Projektsteuerungsleistungen von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen stellt dies die für den Stadtkonzern Landeshauptstadt Wiesbaden wirtschaftlichste Variante dar.

In den letzten 5 Jahren war es immer häufiger nicht mehr möglich Projekte, die von den Bauherrenämtern an das Hochbauamt herangetragen wurden, im Sachgebiet ‚Projekte‘ bearbeiten zu lassen, sodass aufgrund des dort fehlenden Personals besonders größere Bauvorhaben an die Tochtergesellschaften vergeben wurden, bzw. kleinere Bauaufgaben von den Sachgebieten der Bauunterhaltung übernommen werden mussten.

Im Rahmen der Projektsteuerung übernimmt das Hochbauamt weitere Aufgaben, die durch externe Projektsteuerung nicht übernommen wird, z.B. die Umsetzung stadteigener Festlegungen, wie das Bedienen des Ausschreibungs- und Vergabebtools der LHW (Futura), die Umsetzung der Vergaberichtlinien (VgV-Verfahren, teilweise EU-weit), die Begleitung der Plausibilitätsprüfungen.

Der Planungs- und Bauprozess an sich entwickelt sich durch immer umfangreichere Vorschriften, Normen und Richtlinien immer weiter und nimmt an Komplexität zu, der Arbeitsaufwand steigt. Energietechnische Fragen (Gebäudeenergiegesetz, GEG), ökologische Auflagen und Umweltschutzrichtlinien, wie auch Schallschutz-, Schadstoffthematiken, Bodengutachten, aufwändige Entsorgungskonzepte, die konsequente Umsetzungen von Barrierefreiheit (visuell, haptisch, räumlich) und schließlich alle Fragen rund um Sicherheit, wie Arbeitssicherheit (Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator, SiGeKO), Brandschutz, usw. erhöhen den Koordinierungsaufwand aller an der Planung und Ausführung Beteiligten etc., machen eine viel intensivere und komplexere Betreuung von Baumaßnahmen notwendig und führen zur Steigerung administrativer Aufgaben (Terminen, Kosten, Qualitäten, Quantitäten und die Organisation).

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 30. August 2021



Axel Imholz
Stadtrat